



**1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans
Windenergienutzung 2027
der Region Havelland-Fläming**

**Bericht über die
Ausweisung als Beschleunigungsgebiet
für die Windenergie an Land**

Stand 10. Juni 2026

Anlage 2
zum Beschluss der Regionalversammlung
Nr. 03/07/03
vom 25. Juni 2026

Erarbeitet von der
Regionalen Planungsstelle
Oderstraße 65
14513 Teltow
www.havelland-flaeming.de

Inhaltsverzeichnis

I.	Angaben zum Gegenstand, zum zeitlichen Ablauf und zum quantitativen Umfang des Beteiligungsverfahrens.....	5
II.	Mitteilungen zur Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für die Windenergie an Land	6
III.	Bewertungen und Entscheidungen.....	6
IV.	Anhang.....	8

I. Angaben zum Gegenstand, zum zeitlichen Ablauf und zum quantitativen Umfang des Beteiligungsverfahrens

Mit Beschluss Nummer 01/04/03 vom 26.06.2025 hat die Regionalversammlung Havelland-Fläming entschieden, ein Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming durchzuführen. Das Änderungsverfahren soll mit der Absicht durchgeführt werden, zusätzliche Flächen als Vorranggebiet für die Windenergienutzung festzulegen, die nach § 4 des Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (Windenergieflächenbedarfsgesetz – WindBG) zusätzlich auf das regionale Teilflächenziel angerechnet werden können.

Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt für Brandenburg Nummer 31 vom 30.07.2025 öffentlich bekannt gemacht.

Für die mit der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 festzulegenden Vorranggebiete für die Windenergienutzung war nach Maßgabe des § 28 Absatz 2 ROG¹ in Verbindung mit § 28 Absatz 5 Satz 1 ROG über die Ausweisung als Beschleunigungsgebiet für die Windenergie an Land zu entscheiden. Mit der Ausweisung der Beschleunigungsgebiete waren gemäß § 28 Absatz 4 ROG zudem Regeln für wirksame Minderungsmaßnahmen für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen und deren Netzanschluss aufzustellen, um mögliche negative Auswirkungen vorrangiger Vorhaben zu vermeiden oder, falls dies nicht möglich ist, erheblich zu verringern.

Mit Schreiben vom 23. Juli 2025 (Postausgang 24. Juli 2025) wurden die öffentlichen Stellen über den Aufstellungsbeschluss informiert und aufgefordert, Aufschluss über diejenigen von ihnen beabsichtigten oder bereits eingeleiteten Planungen und Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung zu geben, die für das Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 bedeutsam sein können und weitere vorliegende Informationen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials zweckdienlich sind, mitzuteilen. (§ 9 Absatz 1 Satz 2 und 3 ROG) Mit diesem Schreiben wurde auch darauf hingewiesen, dass nach § 28 Absatz 2 Satz 1 Raumordnungsgesetz Gebiete, die als Vorranggebiete für die Windenergie festgelegt werden, zusätzlich als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land auszuweisen sind.

Mit der Ausarbeitung der Regionalen Planungsstelle „Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land“ (Stand 1. Dezember 2025) war die Entscheidung getroffen worden, die Vorranggebiete für die Windenergienutzung VRW 32.1 „Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung“ und VRW 56 „Mückendorf“ als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land auszuweisen. Die Ausarbeitung umfasste auch das Aufstellen von Regeln für wirksame Minderungsmaßnahmen.

Mit Beschluss Nr. 02/05/01-1 vom 27. November 2025 wurde der Entwurf der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 von der Regionalversammlung gebilligt. Der Umweltbericht sowie die Unterlage „Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land“ wurden einschließlich ihrer zugehörigen Anlagen von der Regionalversammlung zur Kenntnis genommen. Zugleich wurde beschlossen, für den Entwurf der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 vom 27. November 2025 zu seiner Begründung, dem Umweltbericht sowie zur „Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land“, Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben und die benannten Dokumente für die Dauer von mindestens einem Monat im Internet zu veröffentlichen.

¹ Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189) geändert worden ist

Die öffentliche Bekanntmachung über die Durchführung der öffentlichen Beteiligung zum Entwurf der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming erfolgte im Amtsblatt für Brandenburg Nummer 1 vom 14. Januar 2026. In dieser Bekanntmachung wurde auch darauf hingewiesen, dass Stellungnahmen zur Ausarbeitung „Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land“ abgegeben werden können.

Die Ausarbeitung „Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land“ wurde gemeinsam mit dem Entwurf der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027, seiner Begründung sowie dem Umweltbericht vom 22. Januar bis einschließlich 27. Februar 2026 bei der Regionalen Planungsgemeinschaft für jedermann zur kostenlosen Einsicht bereitgehalten. In der Zeit vom 22. Januar bis einschließlich 27. Februar 2026 bestand Gelegenheit, zur beabsichtigten Ausweisung als Beschleunigungsgebiet für die Windenergie an Land Stellungnahmen abzugeben.

Die folgenden vier öffentlichen Stellen haben in ihren Stellungnahmen auf die Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für die Windenergie an Land Bezug genommen:

- die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming
- die Landesplanungsbehörde (Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg)
- das Landesamt für Umwelt
- der Landesverband Erneuerbare Energien Berlin Brandenburg e. V.

II. Mitteilungen zur Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für die Windenergie an Land

Die im Beteiligungsverfahren zur Ausweisung der Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land mitgeteilten Hinweise und Anregungen sowie die Bewertung, auf welche Weise diese Berücksichtigung finden, ist im Einzelnen im Anhang dargestellt.

Für die zu treffenden Entscheidungen ist ausschließlich die Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt von Bedeutung. Das Landesamt für Umwelt hat mit Stellungnahme vom 23.03.2026 die Bewertung mitgeteilt, dass eine Ausweisung des Vorranggebiets für die Windenergienutzung VRW 56 „Mückendorf“ als Beschleunigungsgebiet aufgrund landesweit bedeutsamer Vorkommen der Artengruppe Fledermäuse sowie der Art Heldbock nicht erfolgen kann. Auch eine teilweise Ausweisung als Beschleunigungsgebiet sei nicht sachgerecht. (siehe Anhang BE 359 auf Seite 3)

Weiter wurden vom Landesamt für Umwelt und der Landesplanungsbehörde Hinweise und Anregungen zu den aufzustellenden Regeln für Minderungsmaßnahmen mitgeteilt.

Der Landesverband Erneuerbare Energien Berlin Brandenburg e. V. hat die Anregung mitgeteilt, im Rahmen der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 auch über die Ausweisung aller bereits mit dem rechtswirksamen Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 festgelegten Vorranggebiete für die Windenergienutzung als Beschleunigungsgebiet für die Windenergie an Land zu entscheiden.

III. Bewertungen und Entscheidungen

Aufgrund der Bewertung des Landesamtes für Umwelt, dass durch die Festlegung des VRW 56 „Mückendorf“ landesweit bedeutsame Vorkommen der Artengruppe Fledermäuse sowie der Art Heldbock betroffen sind, wird die Entscheidung getroffen, das Vorranggebiet für die Windenergienutzung VRW 56 „Mückendorf“ nicht als Beschleunigungsgebiet für die Windenergie an Land auszuweisen.

Nach § 28 Absatz 2 Nummer 2 ROG sind Vorranggebiete für die Windenergienutzung zusätzlich als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land auszuweisen, soweit sie nicht in Gebieten mit landesweit bedeutenden Vorkommen mindestens einer durch den Ausbau der Windenergie betroffenen europäischen Vogelart nach § 7 Absatz 2 Nummer 12 des Bundesnaturschutzgesetzes, einer in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Art oder einer Art, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 des Bundesnaturschutzgesetzes aufgeführt ist, liegen.

Nach der vom Landesamt für Umwelt mit Stellungnahme vom 23.03.2026 vorgenommenen Bewertung wird das Vorranggebiet für die Windenergienutzung VRW 56 „Mückendorf“ großflächig von landesweit bedeutsamen Vorkommen der Artengruppe Fledermäuse sowie der Art Heldbock überlagert. Die benannten Arten sind im Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführt.

Die Ausweisung von Beschleunigungsgebieten an Land ist ein planerischer Akt besonderer Art (sui generis) und findet nicht auf der Ebene der Abwägung statt.² Der Bewertung des Landesamtes für Umwelt wird durch die Regionale Planungsgemeinschaft gefolgt.

Der Anregung, im Rahmen der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 auch über die Ausweisung aller bereits mit dem rechtswirksamen Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 festgelegten Vorranggebiete für die Windenergienutzung als Beschleunigungsgebiet für die Windenergie an Land zu entscheiden, wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf BE 337 auf Seite 5 des Anhangs verwiesen.

² Deutscher Bundestag Drucksache 21/797 vom 08.07.2025, Seite 60

IV. Anhang

Dokumentation der Berücksichtigung der im Beteiligungsverfahren zur Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für die Windenergie an Land eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken

1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027

Dokumentation der Berücksichtigung der im Beteiligungsverfahren eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken

(sortiert nach Stellungnehmer(in), Plandokument, Planteil bzw. Belang)

Anzahl Datensätze: 13 (Ausgabedatum: 20.05.2026)

angewendete Filter :

- Dokument = A

Stellungnahme

Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung

TÖB-Nr.: 5 / Landkreis Teltow-Fläming

Ausarbeitung Ausweisung BG / Ausarbeitung Ausweisung BG

BE-ID: 317 Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land:
Zur Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land in den Abgrenzungen gemäß Festlegungskarte bestehen unter Berücksichtigung der Regeln für Minderungsmaßnahmen keine Bedenken. Sofern die Abgrenzung des (ursprünglichen) Sondergebietes Windenergie aus dem Flächennutzungsplan der Stadt Baruth/Mark zugrunde gelegt worden wäre, hätten hier Bedenken angemeldet werden müssen (siehe oben, Betroffenheit von kollisionsgefährdeten Vogelarten). Die im Umweltbericht sowie im Textteil (Tabelle „Kollisionsgefährdete Vogelarten nach AGW- Erlass“, Seite 22 ff. sowie Seite 52 ff.) für die verschiedenen Vogelarten, Säugetiere inklusive Fledermäuse, Amphibien und Reptilien sowie Insekten genannten Minderungsmaßnahmen sind in nachgelagerten Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen. Dies gilt für die Gebiete VRW 56 Mückendorf und VRW 32.1 Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung. Hier sind insbesondere nochmal die Maßnahmen wie Antikollisionssysteme, temporäre Abschaltungen oder die Anlage attraktiver Ausweichnahrungshabitate sowie phänologiebedingte Abschaltungen, Senkung der Attraktivität von Habitaten im Mastfußbereich oder kleinräumiger Standortwahl (micro-siting) anzuführen (vgl. auch die Darlegung in den jeweiligen Steckbriefen im Anhang zum Umweltbericht).

Die Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming zur Unterlage „Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land“ wird zur Kenntnis genommen.

TÖB-Nr.: 166 / Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg

Ausarbeitung Ausweisung BG / Ausarbeitung Ausweisung BG

BE-ID: 116 Die Ausweisung der BG mitsamt den bestimmten Kategorien für Minderungsmaßnahmen bedarf keiner Genehmigung durch die GL. Dennoch haben wir diese Unterlagen mit Interesse geprüft und sehen das Vorgehen als wichtigen Beitrag zur weiteren Diskussion zur Umsetzung dieser neuen rechtlichen Verpflichtung in der Regionalplanung an. Auch zu dieser Unterlage enthält die Anlage zu diesem Schreiben Hinweise. Für Rückfragen zu der Stellungnahme steht Herr [Name anonymisiert] als Ansprechpartner gerne zur Verfügung.

Die Hinweise zur Ausarbeitung "Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land" werden in den BE 142 bis 148 berücksichtigt.

BE-ID: 142 4. Hinweise zur Ausarbeitung „Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land“
Rdnr. 10-27: Die Prüfung der Tatbestände nach § 28 Abs. 2 Nr. 2 ROG sollte mit der Kulisse, die vom LfU für sensible Gebiete erstellt wird, abgeprüft werden. Ob durch die Schlussfolgerungen in Rdnr. 15 zu Dichte-Zentren und Schwerpunktorkommen diese abschließend erfasst werden, ist anhand der Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt zu überprüfen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Kulisse der sensiblen Gebiete wurde am 11.12.2025 beim Landesamt für Umwelt Brandenburg angefragt. Da die Daten bislang nicht übermittelt wurden, kann die Regionale Planungsstelle derzeit lediglich die Einwendungen und Hinweise des Landesamtes für Umwelt berücksichtigen, die im Rahmen der Stellungnahme zu

Stellungnahme	Sachverhaltsaufklärung, Bewertung und Entscheidung
	diesem Beteiligungsverfahren mitgeteilt wurden.
BE-ID: 143 Rdnr. 44: Im Verweis auf Anlage 3 zu § 28 Absatz 4 Satz ist unter b) auf den Katalog von Kategorien für Minderungsmaßnahmen nach Nummer 11.1 Bezug zu nehmen. Die angegebene Nummer II.2 bezieht sich auf Anlagen zur Speicherung von Strom oder Wärme.	Der redaktionelle Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im entsprechenden Dokument geändert.
BE-ID: 144 S. 16 und S. 45: Statt „Im Gebiet sind Anlagen zur Speicherung von Strom oder Wärme aus Windenergie zulässig: nein“ besser: Im Gebiet sind Energiespeicheranlagen am selben Standort wie die Anlage nach Nummer 1 vorgesehen: nein“.	Der Anregung wird nicht gefolgt. Gemäß Abschnitt I.2 der Anlage 3 zu § 28 Absatz 4 Satz 3 ROG ist die Benennung der „im Plan bestimmten zulässigen Anlagen zur Speicherung von Strom oder Wärme“ vorzunehmen. Durch die 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 wird nicht festgelegt, dass in den Vorranggebieten für die Windenergienutzung Anlagen zur Speicherung von Strom oder Wärme zulässig sind. Auf den Sachverhalt, ob Anlagen zur Speicherung von Strom oder Wärme auch aus anderen Gründen, beispielsweise § 35 Absatz 1 Nummer 11 BauGB im Vorranggebiet zulässig sind, kommt es beim Aufstellen von Regeln für wirksame Minderungsmaßnahmen daher nicht an.
BE-ID: 145 S. 16: Die FFH-Lebensraumtypen mit den Codes 4030 und 7140 sind nicht auf der Karte auf S. 15 enthalten und zu ergänzen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Der Lebensraumtyp mit dem Code 7140 wurde in die Karte aufgenommen. Der LRT-Code 4030 wurde der Kartierung zum Flächennutzungsplan der Stadt Baruth/Mark sowie dem Bebauungsplan „Windpark Mückendorf“ entnommen. Eine kartografische Abgrenzung ist nicht möglich, da keine entsprechenden Geodaten vorliegen, sondern lediglich Kartierungsunterlagen der genannten Bauleitplanverfahren. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich der LRT 4030 innerhalb eines Radius von 500 m befindet. Dementsprechend wurde dieser LRT im weiteren Verfahren berücksichtigt.
BE-ID: 146 S. 19: Für den Code 9160 sind potenziell vorkommende Arten der LRT zu ergänzen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Nach Prüfung ist festzustellen, dass für den Lebensraumtyp (LRT) 9160 keine weiteren potenziell vorkommenden Arten gemäß Anhang IV der FFH-Richtlinie sowie der BArtSchV zu entnehmen sind. Eine gesonderte Auflistung des LRT 9160 ist demnach nicht erforderlich.
BE-ID: 147 S. 20ff.: Für das Verständnis der Tabellen wird empfohlen, bei den möglichen negativen Umweltauswirkungen in Klammern „I.3 der Anlage 3“ und bei Kategorien für wirksame Minderungsmaßnahmen in Klammern „II.1 der Anlage 3“ zu ergänzen.	Der Anregung wird nicht gefolgt, da eine wesentliche Erleichterung der Lesbarkeit hierdurch nicht erkennbar ist.
BE-ID: 148 S. 20ff.: Teilweise gehen die Kategorien für wirksame Minderungsmaßnahmen über den Katalog in II.1 hinaus, wie „Einhalten folgender Abstände...“. Nach unserem Verständnis geht solch eine Vorgabe mit den quantitativen Vorgaben über die Forderung nach der Aufstellung von Regeln für Minderungsmaßnahmen deutlich hinaus. Ähnlich verhält es sich bei der Angabe eines definierten Zeitraums für die Phänologische Abschaltung.	Die Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Eine Änderung wird jedoch nicht vorgenommen. Begründung: Aus Anlage 3 zu § 28 ROG ergeben sich keine konkreten oder abschließenden Vorgaben hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung der Minderungsmaßnahmen. Die Vorgaben zur phänologischen Abschaltung sowie zu einzuhaltenden Abständen beruhen nicht auf einer eigenständigen

Regelsetzung, sondern leiten sich aus dem Bundesnaturschutzgesetz (Anlage 1), dem Erlass zum Artenschutz in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen (AGW- Erlass), den Vermeidungs-/Minderungsmaßnahmen zum Artenschutz des Umweltberichts zur 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans, Fachgutachten sowie den Genehmigungsbescheiden der Verfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) ab. Insbesondere dienen die zeitlichen Vorgaben der phänologischen Abschaltung der wirksamen Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte und orientieren sich an den artspezifischen Aktivitätszeiträumen. Gleiches gilt für die Berücksichtigung bestimmter Mindestabstände, die der Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen geschützter Arten dienen.

TÖB-Nr.: 183 / Landesamt für Umwelt

Ausarbeitung Ausweisung BG / Ausarbeitung Ausweisung BG

BE-ID: 359 Eine Ausweisung als Beschleunigungsgebiet kann aufgrund landesweit bedeutsamer Artvorkommen jedoch nicht erfolgen. Zwar liegt das VRW außerhalb von Gebieten nach § 28 Abs. 2 Nummer 1 ROG. Allerdings greifen die Tatbestände nach § 28 Abs. 2 Nummer 2 ROG. Das VRW liegt zumindest teilweise in einem Gebiet „mit landesweit bedeutenden Vorkommen mindestens einer durch den Ausbau der Windenergie betroffenen europäischen Vogelart nach § 7 Absatz 2 Nummer 12 des Bundesnaturschutzgesetzes, einer in Anhang IV der Richtlinie 92/143/EWG aufgeführten Art oder einer Art, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 des Bundesnaturschutzgesetzes aufgeführt ist ...“.

Eine Art ist betroffen, wenn durch den Ausbau der Windenergie Verstöße gegen § 44 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 des Bundesnaturschutzgesetzes zu erwarten sind (§ 28 Absatz 2 Satz 2 ROG). Die in der Unterlage „Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land“ (Kapitel A 11, S. 5-9) berücksichtigten Arten und Lebensräume sind unvollständig. Das Gebiet wird nach derzeitigem Kenntnisstand großflächig von landesweit bedeutsamen Vorkommen der Artengruppe Fledermäuse sowie der Art Heldbock überlagert.

Das Gebiet ist insbesondere für die Mopsfledermaus von besonderer Bedeutung, da sich sowohl innerhalb desselben als auch in seinem Umfeld mehrere Reproduktionsnachweise der Art befinden. Zudem sind Reproduktionsvorkommen weiterer Arten, u.a. von Rauhaufledermaus, Abendsegler und Kleinabendsegler sowie der in Brandenburg seltenen Nordfledermaus (Wochenstubenvorverdacht) bekannt.

Bei den Nordfledermaus-Nachweisen handelt es sich um die einzigen bekannten Reproduktionsvorkommen in ganz Brandenburg, weshalb diese Vorkommen als überregional bedeutsam einzuordnen sind. Für diese Art belegen Telemetriedaten zudem einen Zusammenhang der Planungsfläche als Teillebensraum (Flugkorridor) zwischen Wochenstubenquartieren im NSG Schöbendorfer Busch und Kleinem sowie Großem Zeschsee. Im nördlichen Bereich befindet sich ein Schwerpunkt vorkommen des Heldbocks. Da sich bei Horstwalde und im Schöbendorfer Busch weitere Schwerpunkträume befinden, ist ein Vorkommen des Heldbocks im gesamten VRW nicht auszuschließen.

Auch eine teilweise Ausweisung als Beschleunigungsgebiet sollte vorliegend nicht erfolgen. Der gewünschte Beschleunigungseffekt könnte nicht erzielt werden, weil dann für die einzelnen WEA in den Genehmigungsverfahren u. U. unterschiedliche rechtliche Maßstäbe gelten würden. Auch ließe sich in dem bewaldeten Gebiet fachlich keine sinnvolle Abgrenzung finden. Um das Eintreten artenschutzrechtlicher

Der Anregung, das VRW 56 nicht als Beschleunigungsgebiet für die Windenergie an Land auszuweisen, wird gefolgt. Das Vorranggebiet wird aus der Ausarbeitung „Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land“ gestrichen. Begründung: Die obere Naturschutzbehörde teilt mit, dass Tatbestände nach § 28 Abs. 2 Nummer 2 ROG (Raumordnungsgesetz) erfüllt seien. Neben verschiedenen Fledermausarten sei ein Schwerpunkt vorkommen des Heldbocks betroffen. Die mitgeteilten Sachverhalte werden zudem im Abschnitt IV.4 der Planbegründung unter "B 02 artenschutzrechtliche Belange" ergänzt.

Verbotstatbestände der zuvor genannten Arten zu vermeiden, sind in den Genehmigungsverfahren zwingend aktuelle Bestandserfassungen erforderlich.

BE-ID: 360 Zum VRW 32.1 „Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung“ (ca. 406): Auch die geplanten Erweiterungsflächen des VRW 32 umfassen rechtswirksame Bauleitpläne oder vorhandenen bzw. bereits immissionsschutzrechtlich genehmigten WEA-Bestand. Insbesondere die im Erweiterungsbereich liegenden Waldflächen wurden im Rahmen der Bauleitplanung der Gemeinde Ihlow als Windenergiegebiete ausgewiesen (rechtswirksam seit 21.03.2025). Naturschutzrechtliche Belange stehen der Ausweisung nicht entgegen. Die Erweiterungsbereiche können zudem grundsätzlich als Beschleunigungsgebiet ausgewiesen werden. Im vorliegenden Änderungsverfahren sollen nur die Erweiterungsflächen als Beschleunigungsgebiete ausgewiesen werden und nicht das gesamte VRW 32 „Hohenseefeld/Ihlow“. Nach den aktuellen Entwürfen zu den relevanten landesweit bedeutsamen Vorkommen wird dabei eine kleinere Ackerfläche im Umfang von ungefähr 13 ha durch einen Landlebensraum der Rotbauchunke überlagert (hier aktuelle Nutzung als Acker). Das Schwerpunktorkommen schließt überwiegend südlich an die Erweiterungsfläche an und umfasst auch mehrere (potenzielle) Laichgewässer. Aufgrund der Randlage und geringfügigen Betroffenheit von Ackerflächen kann das Eintreten der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände in nachfolgenden Genehmigungsverfahren durch die Festsetzung geeigneter Vermeidungsmaßnahmen (z.B. Schutzzäune für Amphibien) grundsätzlich ausgeschlossen werden. Unmittelbar angrenzend befindet sich zudem eine bereits genehmigte WEA vor der Inbetriebnahme. Die bewaldeten Bereiche haben grundsätzlich auch eine besondere Bedeutung für Fledermäuse, auch wenn hier nach aktuellem Kenntnisstand kein Schwerpunktorkommen abgeleitet wird. So liegt in einem Radius von 2.000 m ein Wochenstubennachweis sowie ein Wochenstubenverdacht der in Brandenburg selten vorkommenden Bechsteinfledermaus vor. Innerhalb der Waldflächen des VRW wurden 2012 insgesamt 14 verschiedene Fledermausarten kartiert, darunter auch die kollisionsgefährdete Mopsfledermaus. Der Maßnahmenkatalog hat diese besondere Situation zu berücksichtigen; die in der Unterlage „Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land“ (Kapitel C II, S. 56/57) genannten „wirksamen Minderungsmaßnahmen“ sind nicht ausreichend. Insbesondere bei einem geringem Rotorabstand zur Waldoberkante können weitergehende Minderungsmaßnahmen erforderlich werden. Zur Vermeidung eines betriebsbedingten signifikant erhöhten Tötungsrisikos kann die Festsetzung von Abschaltvorgaben erforderlich werden, die über die Standardanforderungen der Anlage 3 des AGW-Erlasses hinausgehen. Zudem kann die Festsetzung eines verpflichtenden Gondelmonitorings erforderlich werden (dies wurde z.B. im Verfahren der bereits genehmigten WEA im Wald festgesetzt). Beide Maßnahmen sind in den Maßnahmenkatalog aufzunehmen. Weiterhin ist der Maßnahmenkatalog in Bezug auf die mögliche Zerstörung von ganzjährig geschützten Fortpflanzungs- und Ruhestätten (Sommer und/oder Winterquartiere) zu überarbeiten. Die angeführten Minderungsmaßnahmen zielen vor allem auf die Vermeidung einer baubedingten Tötung von Individuen ab. Was dabei mit der Maßnahme „Vergrämnungsmaßnahmen (bei Bauzeit in die Brutzeit hinein)“ gemeint ist, ist nicht nachvollziehbar. Eine Vergrämnung ist nicht möglich. Im Einzelfall (Nichteinsehbarkeit von Quartieren oder Besatz mit Fledermäusen) kann bei ganzjährig nutzbaren Quartieren ein Verschluss mit Ein-Wege-Reusen geeignet sein, eine Tötung von Individuen zu vermeiden. Hierbei sind die entsprechenden Quartiere mit Ein-Wege-Reusen fachgutachterlich so zu verschließen, dass das Ausfliegen möglich ist und ein erneutes Einfliegen verhindert wird. Neben der Möglichkeit der „Schaffung künstlicher Fortpflanzungs- und Ruhestätten (Fledermauskästen)“ sollte zudem auch die Möglichkeit der „Verbringung bzw. Anbringung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten

Die grundsätzliche Zustimmung der oberen Naturschutzbehörde zur Ausweisung des VRW 32.1 als Beschleunigungsgebiet für die Windenergie an Land wird zur Kenntnis genommen. Der Anregung, die Ausarbeitung „Ausweisung als Beschleunigungsgebiete an Land“ entsprechend den gegebenen Hinweisen zu ergänzen, wird gefolgt. Die mitgeteilten Sachverhalte werden zudem im Abschnitt IV.4 der Planbegründung unter "B 02 artenschutzrechtliche Belange" ergänzt.

(Baumteile mit pot. Quartieren / geeigneten Strukturen) in angrenzende geeignete Waldbereiche" ergänzt werden.

TÖB-Nr.: 2139 / Landesverband Erneuerbare Energien Berlin Brandenburg e.V.

Ausarbeitung Ausweisung BG / Ausarbeitung Ausweisung BG

BE-ID: 336	<p>2. Beschleunigungsgebiete gem. § 28 Absatz ROG Die Ausweisung neuer Windenergiegebiete und somit auch das Änderungsverfahren des STR HF sind vor dem Hintergrund des am 12.08.2025 in Kraft getretenen Umsetzungsgesetzes der RED III und insbesondere den entsprechenden Regelungen zur Ausweisung von Beschleunigungsgebieten gem. § 28 ROG zu betrachten. Im Rahmen des Änderungsverfahrens sind nicht nur die beiden Flächen zusätzlich auszuweisen, sondern auch die bereits ausgewiesenen Vorranggebiete auf ihre Eignung als Beschleunigungsgebiete zu prüfen und, sofern sie die Anforderungen erfüllen, als Beschleunigungsgebiete auszuweisen. Gemäß § 28 Abs. 2 ROG sind Vorranggebiete für die Windenergie zusätzlich als Beschleunigungsgebiete auszuweisen, sofern sie nicht in einem der in § 28 Abs. 2 Nr.1 oder Nr. 2 ROG genannten Ausschlussgebiete liegen.</p>	<p>Die Hinweise zur Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für die Windenergienutzung an Land werden zur Kenntnis genommen. Mit der Erstellung der Unterlage „Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergienutzung an Land“ wird den genannten Rechtsvorschriften entsprochen.</p>
BE-ID: 337	<p>Die Ausweisung als Beschleunigungsgebiet erfolgt für Vorranggebiete, die nach Ablauf des 19.05.2024 und vor dem 15.08.2025 ausgewiesen worden sind, ausnahmsweise in einem nachfolgenden, innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes förmlich einzuleitenden separaten Planungsverfahren, § 28 Abs. 7 ROG. Das eingeleitete Änderungsverfahren des STR HF ist, um diese Zielsetzung zu ergänzen. Im Ergebnis des Änderungsverfahrens sollte der STR HF deshalb alle auch bereits rechtskräftig ausgewiesenen Vorranggebiete, die die Anforderungen an Beschleunigungsgebiete gemäß § 28 Abs. 2 ROG erfüllen, als Beschleunigungsgebiete ausweisen. Flächen, die diese Anforderungen nicht erfüllen, sind weiterhin als Vorranggebiete darzustellen. Entsprechend müssen im Rahmen der Umweltprüfung alle Vorranggebiete hinsichtlich der Anforderungen an Beschleunigungsgebiete nach § 28 Abs. 2 ROG geprüft werden, um eine Ausweisung als Beschleunigungsgebiet möglich zu machen. Zudem sind gem. § 28 Abs. 4 ROG Regeln für wirksame Minderungsmaßnahmen aufzustellen, um mögliche negative Auswirkungen vorrangiger Vorhaben zu vermeiden oder, falls dies nicht möglich ist, erheblich zu verringern. Die Aufstellung von Regeln für Minderungsmaßnahmen kann entsprechend Anlage 3 (zu § 28 Absatz 4 Satz 3 ROG) erfolgen.</p>	<p>Der Anregung, die 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans um die Zielsetzung zu ergänzen, die im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 bereits rechtswirksam festgelegten Vorranggebiete zusätzlich als Beschleunigungsgebiete auszuweisen, wird nicht gefolgt. Die Ausweisung der Bestandsgebiete erfolgt, wie der Stellungnehmer selbst zutreffend feststellt, in einem separaten Verfahren. Mit der Bearbeitung wurde fristgerecht begonnen. Die Tatsache, dass für die Ausweisung als Beschleunigungsgebiete umfassende Sachverhaltsermittlungen notwendig sind, die noch nicht abgeschlossen werden konnten, führt zu der Entscheidung, zunächst nur die zwei zusätzlichen Vorranggebiete, die in der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans gegenständlich sind, als Beschleunigungsgebiete auszuweisen.</p>